

SED droht mit Repressalien

Manöver um die Bundesversammlung in Berlin

Berlin/Bonn (Eigenmeldg./ap). Eine vorübergehende Blockade Westberlins wurde in verhüllter Form für den Fall angedroht, wenn der neue Bundespräsident in Westberlin gewählt werden sollte. Außerdem wurde in der Ostberliner Presse die Möglichkeit angedeutet, den gesamten Berlin-Verkehr künftig mit einer neuen Steuer — einer sogenannten „Abwehrsteuer“ — zu belasten. Zur gleichen Zeit wandte sich der Erste SED-Sekretär Ulbricht gegen eine Beibehaltung des Status quo in Westberlin.

Die Blockadedrohungen wurden von Prof. Eisler, dem stellvertretenden Leiter des staatlichen Rundfunkkomitees, unter Berufung auf angeblichen „Volkszorn“ in der im Sowjetsektor erscheinenden „Berliner Zeitung“ ausgesprochen. Eisler bezeichnete die Einberufung der Bundesversammlung nach Westberlin als „Provokation“. Er behauptete, Arbeiter hätten ihm in Gesprächen folgendes erklärt: „Wenn trotz aller Versuche, in Genf zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, die Adenauer-Regierung den Bundestag in Westberlin aufmarschieren läßt, dann sollten wir, solange der Bundestag in Westberlin tagt, keinen einzigen Transport nach Westberlin durchlassen.“

Eisler sagte weiter, die letzten „Enthüllungen“ über das von Westberlin ausgehende „Agentenunwesen“ hätten bei der Bevölkerung ebenfalls „großen Zorn“ ausgelöst. Die bereits zitierten Arbeiter hätten ihn gefragt: „Warum legt ihr denn nicht auf alle Transporte, die nach Westberlin kommen, eine Abwehrsteuer? Soll Westberlin das zahlen, was wir benötigt sind an Geld mehr auszugeben, um uns vor den Agentenorganisationen zu schützen.“

Gegen freies Reisen

SED - Chef Ulbricht erklärte in Dresden, daß eine Zusammenarbeit zwischen den „beiden deutschen Staaten“ nicht möglich sei, solange in West-

deutschland die „Atomaufrüstung“ fortgesetzt werde. Nicht einmal technische Kontakte oder entscheidende Erleichterungen des Reiseverkehrs könnten unter solchen Verhältnissen ersprießlich sein.

Senat: Nicht überbewerten

Der Regierende Bürgermeister Brandt erklärte zu den Äußerungen Eislers: „Kommunistische

Drohungen haben wir schon mehr als genug erlebt. Wir haben uns daran gewöhnt.“ Nach Auffassung des Senats dürfen die Drohungen Eislers nicht überbewertet werden.

Die Bundesregierung in Bonn bezeichnete den Artikel als ein neues Störmanöver der Sowjetzonenregierung, durch das offenbar ein Zusammentreten der Bundesversammlung in Berlin in Frage gestellt werden sollte. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bezweifelte, daß diese Störaktion im Sinne der Sowjets sei, weil durch eine Verschärfung der Lage die Verhandlungen in Genf belastet würden.

Lemmer für Wahl in Berlin

Noch keine Entscheidung Gerstenmaiers über Tagungsort

Bonn (dpa/ap). Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, setzte sich in einer Rundfunkansprache für die Wahl des künftigen Bundespräsidenten in Berlin ein. Lemmer erklärte, die Diskussion in Bonner Regierungskreisen, ob es ratsam sei, die Bundesversammlung am 1. Juli in Berlin stattfinden zu lassen, müsse darauf zurückgeführt werden, daß das freie Deutschland eine wirkliche Verständigung auf der Genfer Außenminister-Konferenz wolle. Er erwartete allerdings, so betonte Lemmer, daß die ernst zu nehmenden Bedenken, in diesem Augenblick nach Berlin zu gehen, doch überwunden werden können.

Nach wie vor liegt die Entscheidung, wo und wann die Bundesversammlung zur Wahl des künftigen Bundespräsidenten zusammentreten soll, politisch und verfassungsrechtlich

bei Bundestagspräsident Gerstenmaier. Dieser hat die Einladungen zur Bundesversammlung an die mehr als tausend Vertreter des Bundestages und der Länderparlamente noch nicht herausgehen lassen. Vom Büro des Bundestagspräsidenten wurde am Sonnabend lediglich mitgeteilt, daß sich am Termin des 1. Juli bisher nichts geändert habe.

In seiner Rundfunkansprache wies Bundesminister Lemmer darauf hin, daß das eigentliche Spionagezentrum sich in Ostberlin befände. Er wiederholte seine Forderungen auf Freizügigkeit innerhalb Gesamtdeutschlands und betonte, daß das Recht auf Selbstbestimmung auch dem deutschen Volke nicht vorenthalten werden dürfe. Es sei die geschichtliche Aufgabe unserer Generation, darüber zu einer Verständigung in Deutschland zu kommen.

Adenauer und die ernsten Zeiten

K. W. B. Was auch immer für den Staat, dessen Regierungschef Adenauer ist, für die Partei, die er repräsentiert, für die höchsten Ämter, zwischen denen der Kanzler jonglierte, und für die um und mit ihm in Staat und Partei operierenden Persönlichkeiten am 4. Juni geschehen ist — man wird es auch unter dem Motiv betrachten müssen, das ein echtes Adenauer-Motiv ist. Der Bundeskanzler hat seinen Entschluß, auf die wahrscheinliche Repräsentation im höchsten Staatsamt zu verzichten, mit einer Verschärfung der außenpolitischen Lage begründet. Die „ernsten Zeiten“, die in so vielen Äußerungen Adenauers als Ursache für seinen politischen Kurs und seine politischen Entscheidungen auftauchen, stehen als Hauptgrund für seinen Willen zum Kanzleramt im Verzichtsbrief an den Fraktionsvorsitzenden Krone. Sie nehmen auch einen breiten Raum in der Erklärung vor dem Fraktionsvorstand und der Fraktion seiner Partei ein. Weil Adenauer diese Motivation so häufig auch in weniger gespannten Zeitläuften gebraucht hat, wischen die Kritiker diese Beweggründe gern vom Tisch. Sie weisen zynisch darauf hin, daß Adenauers erst sieben Wochen zurückliegende Rundfunk-Erklärung seine Bereitschaft zur Präsidentschaftskandidatur auch mit dem Hinweis darauf begründet hat, daß die „kommenden kritischen Jahre“ eine kontinuierliche Fortsetzung seiner Politik verlangt haben.

Uns scheint, als ließe sich gerade in den so widersprüchlichen Entschlüssen zwischen dem 7. April und dem 4. Juni etwas Wesentliches von den Zielen erkennen, die Adenauers Politik bestimmen.

★

Als er sich Anfang April von seinen Parteifreunden drängen ließ, vom Palais Schaumburg möglicherweise in die Villa Hammerschmidt übersiedeln, tat er es nach schweren Über-

legungen und weiterhin zögernd in der Erwartung, ihm werde es in den verbleibenden Monaten gelingen, Führung und Mannschaft für eine Politik zusammenzubringen, die zuverlässig seinen Kurs steuern würde. Ein großer Teil der Partei, die Unions-Fraktion des Bundestages, hatte andere Personen-Vorstellungen als er. Er schien es nicht fertigzubringen, seinen Kanzlerkandidaten Etzel gegen den populären Kandidaten der CDU, gegen Erhard, durchzusetzen. Das mag ihn enttäuscht haben — weniger des Widerstandes der Partei gegen ihn wegen, als um der Unsicherheit willen, die nach seiner Meinung die Politik seiner Partei mit einem anderen als dem von ihm erkorenen Nachfolger gewinnen könnte. Es kam für ihn, der ja nur mit halbem Herzen aus der Kampfarena in die Sphäre der Repräsentation übergehen wollte, die Verfinsterung des politischen Horizonts hinzu, die sich aus den Genfer fortschrittlosen Beratungen mehr und mehr zu ergeben schienen.

★

Diese Gedanken um das Weiterleben und Weiterarbeiten an dem Werk der zehn Jahre haben nun ganz gewiß in Adenauer alle Rücksichten auf staatliche Repräsentation, auf Partei-Prestige und auf persönliche Verärgerungen über den Haufen geworfen. Man muß Sorge haben, daß der Vorsitzende der staatstragenden Partei mit seinem Entschluß die Partei selbst erschütterte — vor allem deshalb, weil der Entschluß offensichtlich ein Stück Mißtrauen dafür bekundet, daß es nicht die Sache der ganzen Partei sein könnte, die von Adenauer vertretene Politik in seinem Geiste und mit seiner Aktivität ebenso zu betreiben. Adenauer mutet seiner Partei diese Belastung zu, wie er ihr schon viele andere zugefügt hat. Er tut es sogar in einem Augenblick, in dem die große Oppositionspartei der Sozialdemokraten in ein böses Zwielicht geraten ist. Vor ein paar Tagen sah Ollenhauer sehr klein aus, als er, von der Mommer-Attacke gegen den kommunistischen Drall in der SPD schwer angeschlagen, nach halben und plausiblen Entschuldi-

gungen und Erklärungen suchte. Nun aber kann sich Ollenhauer in die Brust werfen, um in Adenauer den personalisierten Wankelmüt, den „Zyniker der Macht“ — und den Verwirrer seiner eigenen Partei seinen deprimierten und verwirrten Parteifreunden zum guten Trost anzubieten.

★

Adenauers rigorose Entscheidung für die aktive Macht hat die Krise bei der SPD wohl überdeckt. Die Verwirrung in der CDU, die jetzt eingetreten ist und vermutlich auch noch bis zur Sitzung des Wahlmänner-Gremiums anhalten wird, nützt oberflächlich gewiß der SPD. Hoffentlich führt sie aber nicht dazu, daß die Nachprüfung und Gewissenserforschung der Oppositionspartei darüber, wie sehr die östlichen Gedankengänge und Infiltrationsbemühungen in ihr Platz gefunden haben, nun wieder weniger ernst genommen wird; denn die Krise, die Adenauers Entschluß zunächst über seine Partei bringen mag, hat den gleichen Urheber wie die, die über die SPD geraten ist. Der Einfluß der sowjetischen Politik auf Deutschland ist für beide der Anlaß.

★

Wenn nun die Debatte um Adenauer weitergehen wird, wird man diesen Hintergrund beachten müssen. Der Schatten aus dem Osten, der sich über Deutschland legt, überdeckt für Adenauer alles, was an Überlegungen des Staates, der staatlichen Repräsentation, der Würde und der Glaubwürdigkeit der Partei davorsteht. Respekt gegenüber unseren noch sehr jungen Traditionen, Achtung vor Staatsämtern und deren Prestige — das hat gewiß der erste Staatsmann der Bundesrepublik in diesen Stunden gering geachtet.

Der Staatsmann Adenauer hat mit 83 Jahren noch einmal die Macht gewählt: Die Macht, Deutschland frei und gesichert zu erhalten. Die Methode, dies zu tun, mußte Kritik, Sorge und Bedenken auslösen. Niemand aber wird daran zweifeln, daß der Entschluß in der Sache nur als Aktivierung der Politik gedacht ist, die uns bisher Sicherheit und Gesundheit eingebracht hat.

Maßlose Hetze gegen Bonn

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

Berlin (Eigenbericht)

Während in Genf über das Schicksal Deutschlands und Berlins diskutiert wird, versucht die SED-Presse nun schon seit Wochen scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik und Westberlin zu führen. Maß- und schamlos richtet sie die heftigsten Vorwürfe gegen die Regierung der Bundesrepublik sowie gegen demokratische Einrichtungen und gegen einzelne Persönlichkeiten. Hier eine Zusammenstellung einiger Anwürfe, die der Provinzpresse der Zone entnommen sind:

LEIPZIG

Giftpfeile gegen Eckardt: Die „Leipziger Volkszeitung“ behauptet: „Bonns Pressechef von Eckardt schlägt in Genf Kapriolen wie ein alter Esel, dem man Pfeffer unter den Steiß getrieben hat. Doch seine akrobatischen Verdrehungskunststücken bewirken nur, daß alle Welt erst recht aufmerksam wird und nun mit Vorbedacht beginnt, den Finger auf die offene Bonner Wunde zu legen. Aber auch mit geheimen Pressekonferenzen und aller Wortdrechselei ist es nicht zu schaffen, blutbesudelte Nazigenerale und Katastrophen-Strategen in Friedenslämmer zu verwandeln.“

Ausstellung: „Aller Welt Feind“. Im Ringmesseshaus ist eine Ausstellung zu sehen, in der die SED den westdeutschen Militarismus anprangern will. Täglich finden in der Ausstellung Vorträge statt zum Thema: „Der Antikommunismus, Antisemitismus und Revanchismus, die ideologische Grundlage der Bonner NATO-Armee.“ Anschließend wird der Film „Ein Tagebuch für Anne Frank“, ein politischer Propagandafilm, vorgeführt.

CHEMNITZ

Von Fratzen und Bestien. Die „Chemnitzer Volksstimme“ berichtet über eine Pressekonferenz des Bonner Bundespressekchefs von Eckardt mit Beschimpfungen gegen die west-

deutsche Regierung und gegen die Bundesarmee: „Die Fratze der westdeutschen Armee ist eine schreckliche Fratze. Aber sie sagt die Wahrheit. Diese Bestien leiten die Bonner NATO-Armee, sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierten Kriegsverbrecherlisten.“ Wörtlich kann man lesen: „In Westdeutschland brüllt die ganze Militaristenclique vom Minister bis zum letzten Stahlhelmmann: Weg mit der Oder-Neiße-Grenze, wir wollen das Sudetenland wiederhaben, wir wollen Österreich anschließen!“

„Militärpolitik“: Herr Richter vom Bezirksvorstand der NDP im Chemnitzer Hof auf der 2. Theoretischen Konferenz der Sektion „Militärpolitik“ der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse: „Die Imperialisten versuchen, die Christen von den entscheidenden Fragen der Menschheit, Frieden oder Krieg, abzulenken und ihnen eine dogmatische Diskussion über Christentum/Atheismus aufzuzwingen.“

POTSDAM

Gehirnverhärtung und Sackgasse. Die „Märkische Volksstimme“ berichtet in ihrer Ausgabe Nr. 119 auf Seite 2: „Abgesehen von dem auf Gehirnverhärtung zurückzuführenden permanenten geistigen Stillstand bestimmter westlicher Korrespondenten in Genf waren die zwei vergangenen Wochen nicht nur außerordentlich bewegt, sondern es zeichneten sich auch Fortschritte in Richtung Gipfelkonferenz ab. So gestlos das gelenkte Bonner Wegeschrei, so durchsichtig sind doch seine Ursachen. Selbst diese Hohlköpfe erkennen allmählich, daß die Bonner Regierung der Außenministerkonferenz nicht ihre Politik aufzwingen kann.“

SED spricht von Mördern: Die „Märkische Volksstimme“ behauptet: „Wo dürfen Mörder Armeen befehlen? Das weiß doch jeder, werden Sie beim Lesen dieser Zeilen ausrufen.“

In Bonn natürlich, ist Ihre richtige Antwort. Bernhard Rogge ist Ihnen kein Unbekannter. Für diesen faschistischen Seeräuber, der als Kommandant des Hilfskreuzers „Atlantis“ mordtätig selbst Schiffe neutraler Länder überfiel, hegen sie in ihrer braunen Brust größte Sympathie, zumal er heute als Chef des NATO-Bereiches von Schleswig-Holstein seinen Raubgelüsten weiter front.“

Hetze auch gegen Dänemark. Die Potsdamer „Märkische Volksstimme“ will wissen: „Immer stärker wird der westdeutsche Druck auf Dänemark — als Vorstufe der militärischen Besetzung — Depots für die Bundeswehr zu errichten. Von ‚heiminnisvollen‘ westdeutschen Persönlichkeiten wird Land gekauft.“

MAGDEBURG

Auch Kinder werden „vergiftet“. Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt zum Internationalen Kindertag: „Wir haben allen Grund, den Internationalen Kindertag als einen frohen Festtag zu feiern. Aber ein Schatten fällt über unsere Freude: Das Kinderelend in den kapitalistischen Staaten. Diejenigen, die heute zum Atomkrieg hetzen, haben ein steinernes Herz. Weil wir unsere Kinder lieben, hassen wir die Kriegstreiber, die Militaristen. Deshalb verlangen wir von den Außenministern in Genf, daß sie Vereinbarungen treffen, die den Frieden sichern und die Atomkriegswütigen bändigen.“

Westberlin und die Zukunft. Im Leitartikel der „Volksstimme“ wird festgestellt: „Wir haben nicht die Absicht, dieses Gebiet (Westberlin) zu ‚schlucken‘, denn wir sind der Meinung, daß die Westberliner über kurz oder lang sowieso erkennen, daß unsere Gesellschaftsordnung die bessere ist.“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2.

Agenten über Funk gesteuert

Hauptmann Heim berichtete über umfangreiche Zersetzungspläne für das Bundesgebiet

Bonn/Berlin (Eigenbericht). Dem Geheimdienst der Sowjetzone stehen für die Arbeit gegen die Bundesrepublik etwa 12 500 Agenten zur Verfügung, wie der Hauptmann Max Heim vom Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (SSD) nach seiner Flucht in die Bundesrepublik berichtete. Das Bundesinnenministerium gab jetzt bekannt, durch die Flucht Heims sei der Agentenring in der CDU/CSU aufgedeckt worden, wodurch bisher 23 Personen verhaftet wurden. Heims Aussagen ist es auch zu danken, daß der ehemalige CDU-Abgeordnete Schmidt-Wittmack als Ost-Agent entlarvt werden konnte. Ferner teilte das Ministerium mit, daß sich seit den ersten Veröffentlichungen über die Flucht Heims 38 Personen beim Bundesamt für Verfassungsschutz freiwillig gemeldet und gestanden hätten, vom SSD zur Arbeit gegen die Bundesrepublik angeworben worden zu sein.

Die vom sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst in die Bundesrepublik eingeschleusten Agenten werden vielfach über Funk gesteuert. Sie verfügen zum Teil über hochwertige technische Geräte und Schlüsselmitel zur konspirativen Nachrichtenübermittlung. Die von ihnen gelieferten Informationen dienen als Grundlage für „aktive politische Aktionen“, die in der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Unzufriedenheit, Konflikte und Verwirrung stiften und allgemein zersetzend wirken sollen, heißt es in dem Bericht des Bundesinnenministeriums, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz zusammengestellt wurde.

Hauptmann Heim ist nach der Mitteilung des Innenministeriums am 16. Mai zusammen mit seiner Familie aus dem sowjetischen Sektor von Berlin in das Bundesgebiet geflohen. Dabei habe er Originaldokumente, Aktenauszüge und Agentenlisten aus seiner Arbeit als Referatsleiter in der „Hauptverwaltung Aufklärung“ des Ministeriums für Staatssicherheit mitgebracht. Er war von Ende 1953 bis in die letzte Zeit für die politische Spionage gegen die CDU/CSU zuständig. Das Bundesinnenministerium betont, daß es die Angaben Heims als glaubwürdig ansieht.

Zentrale in Ostberlin

Die Hauptverwaltung Aufklärung des Ostberliner Staatssicherheitsministeriums ist nach den Angaben Heims zur Zeit folgendermaßen gegliedert:

Abteilung I: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Bundesministeriums für Verteidigung.

Abteilung II: Politische Spionage in Parteien und politischen Gruppen.

Abteilung III: Militärspionage im Ausland.

Abteilung IV: Militärische Spionage im Bundesgebiet.

Abteilung V: Wirtschaftsspionage.

Abteilung VI: Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik.

Abteilung VII: Auswertung.

Abteilung VIII: Sabotagevorbereitung für den Kriegs- und Krisenfall.

Abteilung IX: Verbindung — Funk — Chiffrierwesen.

Abteilung K: Dokumentation, Ausweissfälschung.

Abteilung R: Registratur.

In einer Dienstbesprechung im Januar mit dem Leiter der „Hauptverwaltung Aufklärung“, Generalmajor Wolf, ist nach Aussagen Heims zum Ausdruck gekommen, daß die Schwerpunktreferate der Hauptverwaltung demnächst personell erheblich verstärkt werden sollen.

Dombrowski bestätigt

Nach den Mitteilungen Heims verfügt die „Hauptverwaltung Aufklärung“ in der Sowjetzone allein über mehr als 10 000 Agenten für den Einsatz in der Bundesrepublik. Darüber hinaus schätzt Heim die Zahl der im Bundesgebiet ansässigen oder

dort ständig tätigen Agenten auf 2000 bis 3000. Das Bundesinnenministerium stellt dazu fest, daß damit die Angaben des im vergangenen Jahr in die Bundesrepublik geflüchteten Abwehroffiziers Siegfried Dombrowski, der von insgesamt 12 500 Agenten ausgegangen sei, bestätigt worden seien.

Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ habe fast in allen Einrichtungen der Sowjetzone, die auf kulturellem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder politischem Gebiet sogenannte „Westarbeit“ leisteten, Spionageabteilungen eingerichtet. So sei die Ost-CDU vom Generalsekretär angefangen bis hinunter zu den Kreisverbänden von schriftlich verpflichteten Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit durchsetzt.

Heim hat den Abwehrorganen der Bundesrepublik nach der Mitteilung des Innenministeriums genaue Aufzeichnungen über Personalien, Decknamen, Bezahlung, Arbeitsergebnisse und Verpflichtungstermine der von ihm aufgebauten sogenannten „legalen Residitur“ des Staatssicherheitsministeriums in der Ost-CDU übergeben.

Die sowjetzonalen Dienststellen legten vor allem Wert darauf, so heißt es in dem Bericht, Informationen über partei- und gruppeninterne politische, wirtschaftliche und soziale Konfliktstoffe zu erhalten, die zur Aufweichung der bestehenden Ordnung verwendet werden könnten. Ferner sollten Anzeichen für ein Nachlassen der Wirtschaftskonjunktur festgestellt und die Lage und Stimmung der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes beobachtet werden. Die Sowjetzonen-Mitarbeiter im Bundesgebiet sollten ferner Möglichkeiten zur Einflußnahme auf örtliche Zusammenschlüsse der Aktion „Kampf gegen den Atomtod“ auskundschaften, um diese Kreise zugleich zu Befürwortern der sowjetrussischen Konföderations- und Friedensvertragspläne zu machen.

Räumlich sei das Bundesland Nordrhein-Westfalen und West-

Fortsetzung auf Seite 5

Agenten über Funk gesteuert

Fortsetzung von Seite 4

Berlin von besonderem Interesse für die Spionagearbeit des Staatssicherheitsministeriums. In der CDU richte sich die Spionagetätigkeit insbesondere gegen die Bundestagsfraktion und ihren Gremien für außenpolitische, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen, ferner gegen das Sekretariat der Bundestagsfraktion und die Sozialausschüsse der Partei. Die dafür aufgebaute Agentenorganisation sei durch die Mitteilungen Heims unbrauchbar geworden.

Die Infiltration in West-Berlin

Von besonders aktuellem Interesse für den Staatssicherheitsdienst ist nach dem Bericht des Verfassungsschutzamtes auch die Spionagearbeit in und gegen Westberlin. Im Dezember 1953 hätten die zuständigen Abteilungsleiter der Hauptverwaltung Aufklärung angeordnet, Material für eine Studie zu sammeln, die — offensichtlich für die Genfer Außenministerkonferenz — bestimmt war.

Weißbuch nach Genf

Inzwischen war der Westberliner Senat nicht untätig gewesen. Als Chruschtschow im November vorigen Jahres seinen Berlin-Vorstoß mit die „Liquidierung westlicher Agentenzentralen“ zu begründen suchte, ließ Innenminister Lipschitz eine Denkschrift ausarbeiten, die in Form eines Weißbuches Anfang Juni nach Genf abgegangen ist. Auf 234 Seiten ist die kommunistische Infiltration und Subversion in Westberlin mit zahlreichen Dokumenten belegt. Da es sich um eine vertrauliche, sogenannte Verschlusssache handelt, konnte Senator Lipschitz kürzlich vor der Berliner Pressekonferenz nur einen allgemeinen Überblick über die Untergrundtätigkeit der SED und der von ihr beauftragten Organe geben. Sie erstreckt sich auf alle Gebiete des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

Etwa 8000 hauptamtliche Mitarbeiter sind damit allein in Ostberlin beauftragt. Mindestens 50 Millionen Westmark und 250 Millionen Ostmark werden jährlich für die subversive

Sowjets unterrichtet

Der sowjetische Beraterstab bei der Hauptverwaltung Aufklärung besteht nach den Angaben Heims aus einem Chefberater im Generalsrang und vier Obersten, die im Dienstgebäude der Hauptverwaltung untergebracht sind und auf die Arbeit intensiven Einfluß nehmen. Sie kennen die vollständigen Personalien aller Geworbenen und für die Werbung vorgeschlagenen Agenten, alle Arbeitsanalysen und alle wesentlichen Berichte der Auswertungsabteilung.

Tätigkeit in Westberlin und in der Bundesrepublik von der SED ausgehen. Darin sind die von den sogenannten Massenorganisationen wie FDGB, FDJ, Frauenbund, Kulturbund für die gleichen Zwecke eingesetzten Gelder nicht mitgerechnet. So standen z. B. allein der sowjetzonalen IG Bergbau eine Million Westmark im vorigen Jahr nur für die Infiltration des Ruhrgebietes zur Verfügung. Die Westmark-Beträge bringt in erster Linie die sowjetzonale Reichsbahn ein, die Einnahmen der Berliner S-Bahn bilden den Hauptfaktor.

115 Fälle von Menschenraub

Die gesamte Infiltrationsarbeit wird vom Zentralkomitee der SED gesteuert. 80 Prozent der kommunistischen Untergrundtätigkeit in der Bundesrepublik geht nach Angaben der Denkschrift direkt von Ostberlin aus. Die Hauptarbeit wird im sowjetzonalen Ministerium für Staatssicherheit (SSD) geleistet. Der völlig auf militärischer Grundlage aufgebaute SSD ist eine mit Sondervollmachten ausgestattete Exekutivbehörde mit 13 000 Offizieren, Unteroffizieren und Angestellten. Die Hauptabteilung I wirkt nur nach Westberlin, um geflüchtete Zonenbewohner zurückzuholen. Hauptabteilung M befaßt sich nur mit der Postüberwachung, die der Sammlung von Anschriften westdeutscher und Westberliner Bürger dient. Die Hauptverwaltung „Aufklärung“ ist aus dem ehemaligen Institut für wirtschaftswissenschaftliche For-

schung hervorgegangen. Auf ihrer Schule in Gransee werden Agenten für Westberlin und die Bundesrepublik ausgebildet.

Ein besonderes Kapitel nimmt in der Denkschrift die Entführung Westberliner und westdeutscher Bürger nach Ostberlin ein. Danach sind seit 1948 63 Fälle von gelungenem Menschenraub zu verzeichnen, 31 Fälle wurden vereitelt, 21 Fälle konnten nicht restlos aufgeklärt werden. Wie Senator Lipschitz mitteilte, ist dem Fall Dr. Werner (Untersuchungsausschuß freirechtlicher Juristen) eine besondere Untersuchung in der Denkschrift gewidmet. Etwa 1200 geheime Anschriften von Wohnungen in Ostberlin liegen vor, die zu Agententreffen benutzt werden.

Die Massenorganisationen

Der sowjetzonale FDGB hat besondere Aufgaben für die Zersetzung der westdeutschen Betriebe. Er schult seine Agenten in Falkensee und Königs Wusterhausen. Die Aufgaben der FDJ werden auf die einzelnen Jugendorganisationen (wie Falken, kirchliche Jugend, selbst angebliche monarchistische und faschistische Jugendverbände) gelenkt. Der sogenannte Demokratische Frauenbund veranstaltet Lese- und Theaterzirkel, eine besondere Gruppe befaßt sich mit Leserzuschriften für westdeutsche und Westberliner Zeitungen. Nicht minder stark sind die Einflußversuche über die kulturellen Organisationen, so über den Pestalozzi-Bund, die Gemeinschaft gegen Schund und Schmutz sowie über den Schutzverband deutscher Autoren, in dem der bekannte Kronanwalt der SED, Dr. Kaul, eine führende Rolle spielt. Die Infiltration auf wirtschaftlichem Gebiet wird von der Wirtschaftsabteilung des Zentralkomitees der SED über die sowjetzonale Kammer für Außenhandel und innerdeutschen Handel direkt gesteuert.

Abschließend erklärte Senator Lipschitz, das Verhältnis der legalen Abwehrorganisationen in der Bundesrepublik und Westberlin gegenüber den Agentenorganisationen im sowjetisch besetzten Gebiet betrage 1:16, ungerechnet auf die Bevölkerungstärke jedoch 1:48.

12 Punkte zur Berlin-Frage

Brandt weist kommunistische Vorwürfe zurück

Berlin (Eigenbericht). Die von der Sowjetunion und der Sowjetzone in Genf und an anderer Stelle erhobenen Beschuldigungen und Vorwürfe gegen Westberlin sind vom Regierenden Bürgermeister Brandt in einer Zwölf-Punkte-Erklärung zurückgewiesen worden. Vor der Berliner Pressekonferenz erklärte Brandt, die legitimen

Sprecher Berlins hätten zwar auch jetzt nicht die Absicht, mit den nichtgewählten Vertretern aus Ostberlin und der Sowjetzone in eine „Schimpfkongkurrenz“ einzutreten. Man müsse aber feststellen, daß die Krise um Berlin durch dieselben Kräfte vom Zaun gebrochen und von militärischen Drohungen begleitet worden sei, die

sich lautstark auf das Scheinargument der Friedensgefährdung beriefen. Der Regierende Bürgermeister verwies erneut auf die Rechtsbasis der Westmächte in Berlin und gab einen ausführlichen Überblick über die Unterdrückungs- und Abschneidungsmaßnahmen des der Sowjetzonen aufgezwungenen Ulbricht-Regimes. Die Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik, erklärte Brandt, sei erfolgt, damit Berlin leben könne.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz meinte Brandt, die Vorgänge um die Wahl des Bundespräsidenten halte er bei allem Respekt vor der Person des Bundeskanzlers für „unwürdig“. Die Berliner Bevölkerung werde es „mit Recht als eine gute Sache“ betrachten, wenn diese Wahl, wie vorgesehen, in Berlin stattfände.

Briefe aus der Zone in Genf

Appelle an die westlichen Außenminister: Geht nicht nach

Genf (dpa). Einzelne und Gruppen von Einwohnern der Sowjetzone haben in Briefen an die westlichen Delegationen in Genf, insbesondere an Bundesaußenminister v. Brentano und an US-Außenminister Herter, beschwörende Appelle gerichtet, für freie Wahlen in der Zone zu sorgen und die dortigen Menschen nicht im Stich zu lassen. Oft tragen diese Schreiben Poststempel der Zone. Einzelne Absender gingen so weit, auf der Rückseite der Umschläge vollen Namen und Adresse anzugeben.

Immer wieder distanzieren sich die Schreiber von der gelenkten Resolutions- und Briefflut aus der Zone und erklärten, wie ein Arbeiter in einem Schreiben an Herter feststellte, diese Schreiben seien „freiwillig gefordert und praktisch erpreßt worden“. Hohn und beißende Ironie gegenüber der Regierung in Pankow und ihren Vertretern in Genf, Warnung vor den „Fallenstellern“ kommen ebenso zum Ausdruck wie die Angst davor, die Genfer Konferenz könnte die Teilung Deutschlands besiegeln und das kommunistische Regime der Zone für immer bestätigen. „Wir Zonenbewohner haben große Angst, man würde dem Zonengesindel ausgesetzt. Sie sagen, der Russe hat noch immer durchgesetzt, was er wollte“, schreibt einer der Bürger an Brentano.

Immer wieder kommt die Wut gegen das Regime zum Ausdruck: Die Zone wird als „Sowjetkolonie, wo der Militarismus blüht“, die Vertreter

Pankows als „nichtgewählte und nichtgewollte Rußlandvertreter“ bezeichnet. Oft erkennt man den Arbeiter an den Formulierungen.

Brandt nach Genf eingeladen

Konferenz mit den westlichen Außenministern am Freitag

Genf (dpa/Eigenmeldung). Der amerikanische Außenminister Herter hat den Berliner Regierenden Bürgermeister Brandt für Freitag nach Genf eingeladen. Es ist eine Konferenz mit den Außenministern der USA, Großbritannien und der Deutschen Bundesrepublik vorgesehen. Wie am Sonnabend bekannt wurde, wird Brandt auf der Rückreise von Paris nach Genf kommen.

Die Einladung Herters an Brandt wurde dem Berliner Regierenden Bürgermeister von dem Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Klein, übermittelt. Klein hatte in Genf vor Journalisten erklärt, daß der Berliner Senat mit der bisherigen Verhandlungstaktik der Westmächte im großen und ganzen einverstanden sei. Er unterstrich jedoch, daß bei den Verhandlungen an drei grundsätzlichen Punkten festgehalten werden müsse:

1. Das freiheitliche System, das in Berlin herrscht, muß unter allen Umständen erhalten bleiben.

2. Der Senat ist der Auffassung, daß die vier Besatzungsmächte ihre Position in Westberlin nicht in einer Weise verändern dürften, welche die freiheitliche Ordnung in der Stadt

in irgendeiner Weise schwächen könnte.

3. Der Berliner Senat würde ein Abkommen über eine Entspannung begrüßen. In diesem Zusammenhang müßte betont werden, daß Westberlin nie ein „Agenten- und Spionagenest“ gewesen sei, wie es von östlicher Seite behauptet werde.

Auch die „Falken“ distanzieren sich

Frankfurt (upi). Nach den Jungsozialisten haben sich nun auch die „Falken“ und die „Naturfreundejugend“ vom Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Frankfurt, der unter anderem die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und sofortige Verhandlungen mit Pankow gefordert hatte, distanziert.

Weniger Arbeitslose

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin ist im Mai um 4701 Personen auf 61 175 zurückgegangen. Sie lag damit um 25 426 niedriger, als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Fast in allen Berufsgruppen wurden neue Arbeitskräfte eingestellt. Vor allem die Belegung der Bautätigkeit wirkte sich günstig aus.

Warum Bauer Pause seinen Boden verließ

Mit Mann und Roß und Wagen bei Tage über die Zonengrenze

J. S. Göttingen (Eigenbericht). In der Wohnung seines Schwiegersohnes in Diernarden bei Göttingen erholt sich der 54jährige Landwirt Werner Pause, kürzlich mit Frau, vier Kindern, zwei Pferden und vier Kühen am helllichten Tag aus der Sowjetzone geflüchtet, von den Aufregungen der vergangenen Wochen.

Im sowjetzonalen Hundeshagen, südlich von Duderstadt, bewirtschaftete Pause seit 1937 einen 80-Morgen-Hof. 1953 flüchteten hintereinander vier seiner Töchter in die Bundesrepublik. Seither ist er im Dorf ein schwarzes Schaf, und das Ablieferungssoll lastete schwerer auf ihm als auf anderen Berufskollegen. 1956 pachtete er im fünf Kilometer entfernten, aber unmittelbar an der Zonengrenze liegenden Teistungen einen durch die „Bodenreform“ frei gewordenen Hof von 50 Morgen dazu.

Die Arbeit vermehrte sich, und dementsprechend auch das Soll: 8000 Liter Milch, 2300 Eier, 162 Zentner Getreide, 200 Zentner Kartoffeln, 22 Zentner Schweinefleisch. Für einen Zentner Kartoffeln bekam er 3,20 Mark. Bei „freier Spitze“ (was über das Soll hinaus erwirtschaftet wird) hätte er 6 Mark bekommen, „aber bei uns hat es nie zu einer freien Spitze gereicht“, sagt Mutter Pause bekümmert. Von 1956 schleppte der Bauer noch einen Soll-Rückstand mit, und als es nicht mehr ging, gab er endlich nach und trat der „LPG“ (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft), der „Kolchose“ von Teistungen, bei. Es ist eine LPG Typ I, die mildeste unter den drei Formen der Kollektivierung.

Bei seinen 80 Morgen bekam Pause 450 „Einheiten“ zudiktiert, das sind jährlich 450 Tagewerke zu acht Stunden. Da er das allein nicht schaffte, trat die 19jährige Tochter der Kolchose mit bei. Mutter Pause arbeitete zu Hause, der 16jährige Sohn Hans half — außerhalb der Kolchose — dem Vater. Als seiner zweiten Tochter, die Hundeshagen mitbewirtschaftete, ein Zimmer wegenommen wurde, beschwerte sich Pause. Für die Beschwerde bekam er 150 Mark Strafe auferlegt. „Wir waren eben die

westlich Verseuchten“, kommentierte die Mutter, „wir konnten machen, was wir wollten, alles wurde uns angekreidet.“

Tochter warnte

Daß sein „Maß“ voll war, erfuhr Pause von seiner ältesten Tochter, die gegen seinen Willen einen ehemaligen linientreuen Volkspolizisten geheiratet hatte und daher für die Dorfgewaltigen stubenrein war. Zu dieser Tochter sagte eines Tages der stellvertretende Vorsitzende der LPG, die auf den sinnigen Namen „Frohsinn“ hört, der „Oberagronom“ Hanke: „Wenn sich Ihr Vater nicht bald von selbst ändert, wird er geändert werden.“

Mit dem Eintritt in die LPG kam zwar nicht mehr Geld ins Haus, aber die „sozialen Lasten“ (Steuern, Zinsen, Krankenkasse, Altersversorgung) verringerten sich um die Hälfte. Außer dem Erlös für Milch und Eier kam kein Geld ins Haus. Der LPG war Pause am 1. September 1958 beigetreten. Verrechnet wird erst Ende 1959, so daß er frühestens Anfang 1960 für die Arbeit vom Herbst 1958 Geld bekommen hätte. Das Milch- und Eiergeld langte nicht vorn und nicht hinten.

An einem Freitag war es soweit. Pause hatte seinen Kastenwagen mit einem Doppelboden versehen. Darin lagen „die notwendigsten Klamotten“ verborgen, aber von den Oberbetten brachte Frau Pause nur eines unter. Mit den zwei Kleinsten an der Hand und einer Harke getarnt, ging Frau Pause auf ein verabredetes Feld „arbeiten“. Die große Tochter wurde mit den vier Kühen auf einem anderen Weg in die Nähe der „Obstplantage“ geschickt, einer kleinen Anhöhe unmittelbar am Zehnmeterstreifen. Zwar war der Besitzer der Obstplantage als „Spitzel“ bekannt (er bekomme eine Kopf-

prämie von 50 Mark für jeden, den er an der Flucht hindere, sagt Pause), aber diese Stelle ist der günstigste Platz für die Flucht aus Teistungen.

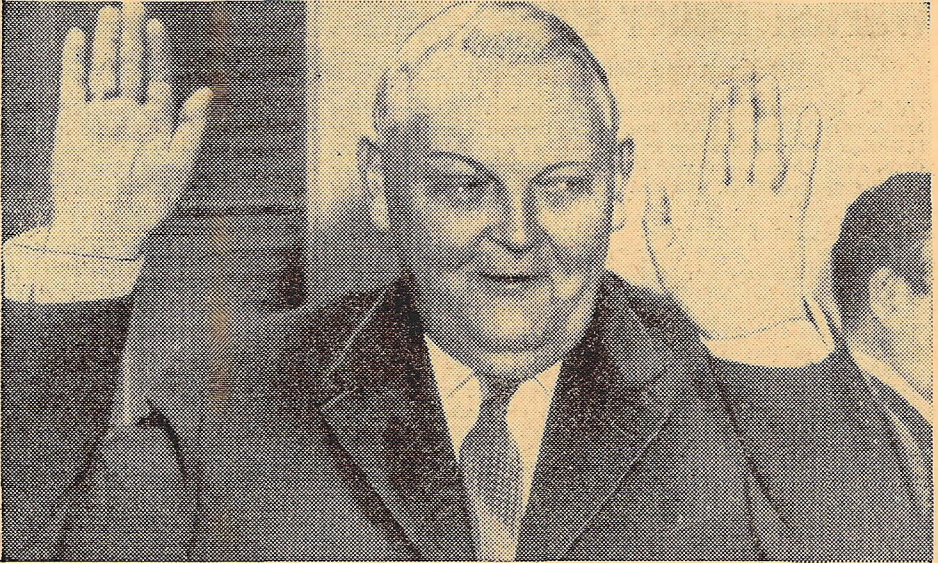
Vopo-Streife kam

Es war fünf Uhr nachmittags, auf den Feldern arbeiteten noch mehr Leute, „sonst hätten wir es nicht riskieren können“. Zeitlich war alles so berechnet, daß die getrennt marschierende Familie sich zur gleichen Zeit am Zehnmeterstreifen treffen wollte. Als Vater Pause mit dem Gespann in die Nähe der Obstplantage kam, durchfuhr ihn ein jäher Schreck: zwei Vopos, einer davon Offizier, patrouillierten den Zehnmeterstreifen ab. Pause warf schnell die Egge ab, spannte die Pferde vor und zog mit zitternden Knien über das Maisfeld. Wenn die Vopos nur einen Blick in den Kastenwagen warfen, war alles verraten. Aber die Polizisten hielten sich nicht auf.

Da spannte Pause die Pferde wieder vor den Wagen, lud die Egge auf, winkte seine verstreut im Gelände wartende Familie zu einer schützenden Senke in der Obstplantage und preschte über die Grenze.

Vom KZ ins ZK

Berlin (ap/dpa). Das Mitglied des Zentralkomitees der SED, Ernst Grossmann, ist wegen falscher Angaben über seine Vergangenheit aus dem ZK ausgeschlossen worden. Grossmann erhielt ferner eine „strenge Rüge“, wie „Neues Deutschland“ in einer Fünfzeilen-Meldung mitteilte. Wie in Westberlin dazu bekannt wurde, ist der Ausschuß Grossmanns auf eine kürzlich vom Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen veröffentlichte Broschüre über „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“ zurückzuführen. Daraus ging hervor, daß Grossmann während des Krieges als SS-Unterscharführer der Wachmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen angehört hatte.



BILDER DER WOCHE. Oben: Was fragen Sie mich? — antwortete Bundeswirtschaftsminister Erhard den Journalisten in Washington, als sie ihn zur neuesten Entwicklung in Bonn befragten. — Unten: Unter vier Augen bespricht sich Bundeskanzler Adenauer nach den Etats-Beratungen im Bundestag mit seinem Finanzminister und Bundespräsident-Anwärter Franz Etzel.

